

Netzpolitik – Anspruch und Wirklichkeit

Liebe Mitglieder des FfF, liebe Leserinnen und Leser,

Informationstechnik durchdringt immer mehr unseren Alltag – das ist inzwischen eine Binsenweisheit. Die meisten von uns können es sich nur noch schwer vorstellen, ohne das Internet und die vielen informationstechnischen Helferlein im Alltag zurecht zu kommen. Um so wichtiger ist auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Technik und ihren Folgen. Ob mir meine Privatheit und der Datenschutz wichtig ist, oder ob ich Anhänger der *Post-Privacy* bin – es ist wichtig, sich mit den Konsequenzen einer solchen Entscheidung auseinander zu setzen. Netzpolitik und digitale Bürgerrechte haben sich dementsprechend in den letzten Jahren zu bedeutenden Politikfeldern entwickelt.

Die Bedeutung dieser Politikfelder zeigt sich an vielen Stellen. Gerade hat die Enquête-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* ihre umfangreichen Arbeitsergebnisse vorgelegt, die wir in dieser Ausgabe umfassend würdigen. Mit der *Piratenpartei* hat sich eine Partei gebildet, die in diesen Themen dezidiert einen Schwerpunkt hat (und allein deren Existenz bereits von Einigen ein wesentlicher Anteil an der Etablierung der Enquête-Kommission zugeschrieben wird). Auch wenn die erste Euphorie verflogen ist – noch nicht einzuschätzen sind im Moment die mittel- und langfristigen Auswirkungen ihres letzten Parteitags und der Wahl einer in netzpolitischen Kreisen profilierten politischen Geschäftsführerin –, änderte das nichts an der Bedeutung der Themen, die die Partei vertritt und die genügend viele Wählerinnen und Wähler dazu bewogen haben, sie bisher in immerhin vier Landtage zu wählen.

Auch die anderen Parteien haben reagiert. Es ist inzwischen üblich, netzpolitische Sprecherinnen und Sprecher zu benennen, die zumindest in der Fachöffentlichkeit auch die notwendige Reputation besitzen. Gerade hat SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück die Professorin Dr. Gesche Joost als Expertin für Netzpolitik in sein Kompetenzteam berufen – auch wenn sie sich vielleicht in ihrer neuen Rolle noch zurechtfinden muss.

Alles super in der Netzpolitik, alles super für die Bürgerrechte, könnte man daraus schließen.

Doch halt! Schauen wir uns die Entscheidungen an, die in den letzten Wochen getroffen wurden, macht sich Ernüchterung breit. Die jüngsten Beschlüsse des Parlaments – nur stellvertretend zu nennen die Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseverleger und die Neuregelung der Bestandsdatenauskunft – lösen Zweifel, mitunter sogar Entsetzen aus. Lässt man die Beschlüsse der letzten Jahre Revue passieren, bestätigt sich dieser Eindruck. Häufig war das Bundesverfassungsgericht gezwungen, die Grundrechte gegen Regierung und Parlament zu verteidigen, und die nächste Verfassungsbeschwerde – gegen die Bestandsdatenauskunft – wird schon vorbereitet.

Auch eine kritische akademische Auseinandersetzung wird immer weiter zurückgedrängt. Über die bedauerlichen Entwicklungen an der Humboldt-Universität zu Berlin haben wir in den letzten Ausgaben berichtet. Statt einer Fortführung der bisherigen Lehre und



Forschung mit diesem Anspruch gibt es nun, an derselben Universität, das *Alexander-von-Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft*. Doch kann eine Institution, die der Konzern Google finanziert, in der Forschungspraxis wirklich unabhängig sein?

Offensichtlich sind die Netzpolitikerinnen und Netzpolitiker häufig nicht in der Lage, ihre bürgerrechtlichen Positionen durchzusetzen. Letztendlich werden sie Opfer wirtschaftlicher Interessen und einer politisch gewollten (vermeintlichen) Inneren Sicherheit.

Aktuell gibt dies Anlass zu großer Sorge, da gerade in Brüssel die EU-Datenschutz-Grundverordnung verhandelt wird, die einem massiven Lobby-Druck ausgesetzt ist – nicht nur aus Europa, sondern auch aus den USA. Die EU-Datenschutz-Grundverordnung wird unser Datenschutzrecht und damit einen wesentlichen bürgerrechtlichen Eckpfeiler auf Jahre hin festlegen. Was dort entschieden wird, wird unmittelbare Wirkung auf unsere Privatsphäre und damit unsere Persönlichkeitsrechte haben.

Selbstverständlich kann man auch auf einen Teil seiner Privatheit verzichten, wie es Anhänger von *Post-Privacy* propagieren – wenn dies in eigener, freier Entscheidung geschieht.

Das FfF beteiligt sich an den Aktivitäten und Kampagnen, die sich für einen einfach anzuwendenden, starken Datenschutz einsetzen, unter der Maxime: *Datenschutz: Einfach. Stark*. Unserer bereits früher veröffentlichten Stellungnahme zur Datenschutz-Grundverordnung, die wir in der letzten Ausgabe abgedruckt haben, hat sich mittlerweile auch die *Humanistische Union* angeschlossen, was uns natürlich besonders freut.

Im FfF, als Organisation mit einem kleinen Budget und einem begrenzten, ehrenamtlichen Aktivenkreis, müssen wir uns immer wieder Gedanken machen, wie wir unsere politische Schlagkraft erhöhen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei unsere Geschäftsstelle in Bremen. Zusätzlich zu ihrer zuverlässigen Funktion als organisatorisches Rückgrat wollen wir verstärkt politische Themen dort ansiedeln. Neben unserer Geschäftsführerin *Ingrid Schlagheck* verstärkt nun *Sara Stadler* das Team – sie wird sich um inhaltliche Themen kümmern und damit dazu beitragen, das FfF in der Öffentlichkeit präsenter zu machen. Eine erste „Arbeitsprobe“ ist die in diesem Heft abgedruckte Stellungnahme zur Bestandsdatenauskunft. Sara, ich begrüße Dich im Namen des Vorstands im FfF und freue mich auf unsere Zusammenarbeit!

Mit FfFigen Grüßen

Stefan Hügel

